



Rechtsausschuss

18. Sitzung (öffentlich)

13. März 2002

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 16.20 Uhr

Vorsitz: Dr. Gerd Bollermann (SPD)

Stenografin: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 Bundesverfassungsgerichtliches Verfahren
über den Antrag festzustellen, dass das Verlangen der Antragsgegner nach
Vorlage der Punkte a) bis d) gegen die Bestimmungen der Artikel 2, 26
Abs. 1 Satz 1 und 23 Abs. 3 Satz 1 der Verfassung des Landes Schleswig-
Holstein verstößt**

2 BvK 1/01

Vorlage 13/1240

1

Der Rechtsausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, zu dem Verfahren keine Stellungnahme abzugeben.

2 **Verfassungsgerichtliches Verfahren**
wegen der Behauptung der Stadt Paderborn, die Gesetze zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände in den Haushaltsjahren 2001 und 2002 verletzen die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der gemeindlichen Selbstverwaltung

VerfGH 2/02

Vorlage 13/1299

1

Der Rechtsausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, zu dem verfassungsgerichtlichen Verfahren keine Stellungnahme abzugeben.

3 **Gesetz über die Errichtung des Landesjustizvollzugsamtes Nordrhein-Westfalen (Landesjustizvollzugsgesetz - LJVAG)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/1848
Vorlage 13/1322

2

Der Vorsitzende fasst als Ergebnis der Diskussion zusammen: Termin der Anhörung: 29.05.; Zeit: 10.00 bis ca. 13.00 Uhr; anschließend nach einer halbstündigen Pause Rechtsausschusssitzung; endgültige Abstimmung über die Fragen und einzuladenden Sachverständigen im Kreis der Obleute am nächsten Freitag; Weiterleitung der Antworten des Ministeriums an die Experten.

4 **Gewalt in der Ehe - "Rote Karte" für gewaltbereite Ehepartner**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/851

In Verbindung damit:

Häuslicher Gewalt entschieden entgegentreten - Aktionsplan der Bundesregierung unterstützen und durch Landesaktionsplan begleiten -

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/916

Vorlage 13/841

Ausschussprotokolle 13/391 und 13/397 3

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 13/851 mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Enthaltung der FDP-Fraktion in Abwesenheit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Der Ausschuss nimmt dann den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 13/916 mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der FDP-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion der CDU und in Abwesenheit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an.

5 Gesetz zur Änderung der Landesverfassung - Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung verankern

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2279

4

Der Ausschuss verständigt sich darauf, dem Hauptausschuss die Durchführung einer Anhörung zu empfehlen und den Tagesordnungspunkt im Rechtsausschuss anschließend wieder aufzugreifen.

6 Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2280

4

Der Ausschuss verständigt sich darauf, dem federführenden Ausschuss die Bitte des Rechtsausschusses mitzuteilen, die Beratung und Abstimmung über den Antrag bis zur Auswertung des Bielefelder Modellversuchs zu vertagen.

- 7 Bauliche Situation der Justizvollzugsanstalt Brackwede II** 5
- Bericht des Justizministers
- Der Ausschuss verständigt sich darauf, den Minister für die Maisitzung um einen weiteren Bericht zu bitten.
-
- 8 Aufhebung der Untersuchungshaft gegen drei geständige Mordverdächtige am 19. Februar 2002 (Bitte der CDU-Fraktion um einen Bericht)**
- Ausschussprotokoll 13/507 6
- Bericht des Justizministers
-
- 9 Weiterführung der Gefangenenbibliothek in Dortmund (Bitte der CDU-Fraktion um einen Bericht)** 7
- Bericht des Justizministers
- Diskussion
-
- 10 Aktuelle Daten der "DNA-Analyse-Datei" und Stand der gegenwärtigen Diskussion zur Änderung des DNA-Identitätsfeststellungsgesetzes (Bitte der CDU-Fraktion um einen Bericht)** 9
- Bericht des Justizministers
- Der Ausschuss bittet den Minister, bei Vorliegen neuer Erkenntnisse das Thema von sich aus mit einem Bericht im Ausschuss aufzugreifen.
-
- 11 "Nachträgliche Anordnung der Sicherungsverwahrung" - Anträge der Länder Baden-Württemberg und Hessen im Bundesrat (Bitte der CDU-Fraktion um einen Bericht)** 11
- Bericht des Justizministers
- Diskussion

- 12 Sachverhalt bezüglich des Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft Dortmund gegen den Präsidenten und den stellvertretenden Präsidenten des Justizvollzugsamtes Westfalen-Lippe sowie gegen den früheren Dezernenten des Psychologischen Dienstes, Ralf S. (Bitte der CDU-Fraktion um einen Bericht) 15**
- Bericht des Justizministers
 - ausführliche Diskussion
- Der Ausschuss verständigt sich darauf, den Minister nach Beendigung des Verfahrens um einen erneuten Bericht zu bitten. Die CDU-Fraktion will dem Minister schriftlich einige Fragen zuleiten, die dieser - ebenfalls nach Abschluss des Verfahrens - beantworten möge.
- 13 Erhaltung der nationalen Patentgerichtsbarkeit (Bericht auf Wunsch des Justizministers) 20**
- Bericht des Justizministers
- 14 "Gefängnisse beklagen Gewalt unter Häftlingen" (Bitte der CDU-Fraktion um einen Bericht) 22**
- Bericht des Justizministers
 - Diskussion
- 15 Verschiedenes**
- a) Meinungsaustausch mit der Rheinischen Notarkammer 26**
- Der Vorsitzende teilt mit, das Gespräch solle nach der nunmehr erfolgten Abstimmung am 17. April stattfinden.
- b) Dauer der Verfahren beim Verwaltungsgericht Düsseldorf 26**

5 Gesetz zur Änderung der Landesverfassung - Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung verankern

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2279

(vom Landtag nach der ersten Lesung am 28. Februar 2002 an den Hauptausschuss - federführend - sowie an den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Kommunalpolitik und an den Haushalts- und Finanzausschuss zur Mitberatung überwiesen)

Frank Sichau (SPD) macht auf die auf Bundesebene erfolgte Einsetzung einer Kommission zur Neuregelung der Finanzverteilung aufmerksam. Es gelte, wegen der Abhängigkeit der drei Ebenen Bund, Land und Kommunen voneinander diese Diskussion einzubeziehen.

Jan Söffing (FDP) schlägt vor, dem federführenden Hauptausschuss die Durchführung einer Sachverständigenanhörung zu empfehlen.

Peter Biesenbach (CDU) schließt sich dieser Anregung an, und zwar insbesondere in Anbetracht der Tatsache, dass die Kommunen inzwischen überhaupt nicht mehr wüssten, wie sie die vom Land auf sie verlagerten Ausgabenverpflichtungen erfüllen sollten.

Der **Ausschuss** verständigt sich darauf, dem Hauptausschuss die Durchführung einer Anhörung zu empfehlen und den Tagesordnungspunkt im Rechtsausschuss anschließend wieder aufzugreifen.

6 Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2280

(vom Landtag in seiner Sitzung am 28. Februar 2001 nach der ersten Lesung an den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform - federführend - sowie an den Rechtsausschuss zur Mitberatung überwiesen)

Für die **SPD-Fraktion** erklärt **Frank Baranowski**, sie wolle vor einer Beschlussfassung über den Gesetzentwurf der CDU-Fraktion noch die Auswertung des Bielefelder Modellversuchs